

10.46

Abgeordneter Ing. Mag. Volker Reifenberger (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich auf unseren eigenen Antrag eingehe, werde ich noch ein paar Worte zur Verlängerung der missglückten Gutscheinelösung verlieren. Wir haben bereits letztes Jahr der Stammfassung zu diesem Gesetz nicht zugestimmt. Das Abgehen von der Freiwilligkeit des Akzeptierens von Gutscheinen ist eine Ohrfeige ins Gesicht der Konsumenten.

Wir hatten damals leider erfolglos einen Entschließungsantrag eingebracht, der zumindest eine Insolvenzversicherung zum Schutz der Konsumenten gefordert hat. Das Insolvenzrisiko auf die Konsumenten überzuwälzen, die dann bei Zahlungsunfähigkeit oder bei Insolvenz sprichwörtlich durch die Finger schauen, ist eine Sauerei, insbesondere wenn man bedenkt, dass sich viele Konsumenten derzeit in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit befinden und jeden Euro dreimal umdrehen müssen. Das Annehmen von Gutscheinen sollte daher nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Es ist nämlich nicht die Aufgabe der Konsumenten, eine Überbrückungsfinanzierung für Veranstalter sicherzustellen – das wäre eigentlich die Aufgabe des Staates beziehungsweise der Banken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sprechen Sie einmal mit den Kartenbüros! Diese werden Ihnen erklären: Die Konsumenten wollen keine Gutscheine, sie wollen ihr Geld zurück.

Als Nächstes erlaube ich mir eine paar Worte zu dem inhaltsleeren Antrag der Regierungsfractionen. Die Regierungsparteien Schwarz und Grün fordern tatsächlich ihre eigene schwarz-grüne Bundesregierung auf, einen Maßnahmenplan für einen starken heimischen Kunst- und Kultursektor nach der Covid-19-Krise auszuarbeiten.

Ja warum machen Sie es nicht einfach? Warum fordern Sie sich quasi selbst dazu auf? – Das ist doch etwas absurd und eigentlich ein Eingeständnis, dass in dem Ressort diesbezüglich bis dato nichts geschehen ist. Maßnahmenpläne sollten eigentlich nach über einem Jahr dieser Covid-19-Krise längst in Ihren Schubladen liegen.

Grundsätzlich wäre es wichtiger, der Branche Planungssicherheit zu geben, Öffnungsperspektiven zu gewährleisten. Zu diesem Entschließungstext: Also inhaltsleerer geht es eigentlich nicht mehr. Die inhaltvollen Anträge, die von der Opposition zu diesem Tagesordnungspunkt eingebracht wurden, werden seitens der Regierungsfractionen aber alle abgelehnt, und wenn man sich die Lobhudelei in der Begründung des Antrages durchliest, dann glaubt man, es läuft in dieser Coronakrise eh alles perfekt.

Nun aber zu unserem eigenen Antrag: Wir fordern die Bundesregierung auf, eine ausreichende Finanzierung der Bundesmuseen und Bundestheater sicherzustellen, um damit eine mögliche Bestandsgefährdung einzelner Bundesmuseen und Bundestheater ausschließen zu können.

Warum stellen wir diesen Antrag? – Kulturminister Werner Kogler hat in seiner Anfragebeantwortung vom 30. November 2020 eine Bestandsgefährdung der Wiener Staatsoper für möglich gehalten. Ich zitiere jetzt Werner Kogler:

„Aus Sicht dieser Hochrechnung ist ein Ausgleich der negativen Ergebnisse bei Burgtheater und Volksoper Wien noch einmal durch die Auflösung von Reserven möglich, während bei der Wiener Staatsoper ein negatives Bilanzergebnis von -6,8 Mio. Euro prognostiziert wird. Dadurch käme es zu einer Halbierung des Stammkapitals der Wiener Staatsoper und das Unternehmen würde in die Nähe der Bestandsgefährdung rücken.“

Dazu ist festzuhalten, dass die Zahlen für diese Hochrechnung aus der Zeit vor dem Lockdown im November 2020 stammen, und dieser Lockdown hat die finanzielle Lage der Staatsoper sicherlich nicht verbessert. Der Verlust der Karteneinnahmen der Wiener Staatsoper konnte nicht durch staatliche Beihilfen und interne Einsparungsmaßnahmen abgefangen werden. Das sage nicht ich, sondern es steht im Geschäftsbericht zur Wiener Staatsoper.

Daher ersuche ich die Regierungsfractionen, ihre ablehnende Haltung noch einmal zu überdenken und unserem wirklich gut gemeinten Antrag zuzustimmen und diesen nicht abzulehnen, nur weil er von einer Oppositionspartei stammt.

Schließlich erlaube ich mir, gegenüber Frau Staatssekretärin Mayer meine Verwunderung auszudrücken: Sie haben zu einem informellen Besprechungstermin der Kultursprecher in Ihr Büro geladen, was ich grundsätzlich für sehr positiv halte und was ich auch im Plenum schon einmal positiv erwähnt habe. Leider konnte ich an der letzten Besprechung aufgrund einer Terminkollision nicht persönlich teilnehmen. Meinen Wunsch, unseren Klubreferenten für Kunst und Kultur als meinen Vertreter entsenden zu können, haben Sie – vollkommen diametral zu den Usancen von Regierungsmitgliedern – zurückgewiesen. Wie abgehoben kann man eigentlich sein, dass man es nur der Mühe wert befindet, sich mit einem Abgeordneten auszutauschen, aber einen Klubreferenten, der vermutlich mehr Expertise in diesem Bereich mitbringt, als die meisten Abgeordneten hier in diesem Raum haben, anscheinend als zu minder und als nicht auf derselben Augenhöhe empfindet, um sich mit diesem an einen Besprechungstisch zu setzen?

Dass Sie glauben, Sie seien etwas Besseres, Frau Staatssekretärin, hört man auch von Ihren Mitarbeitern, die über Ihren unerträglichen Umgangston klagen und sogar uns Oppositionsparteien Mails schicken. Das sollen auch die Zuseher einmal hören.

Abschließend wünsche ich unserem Kollegen Thomas Drozda alles Gute für seine berufliche Zukunft. Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit in der Opposition.

*(Beifall bei der FPÖ. – Abg. **Lausch**: Bravo, Volker, ich bin schon stolz auf dich!)*

10.52

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Großbauer. – Bitte.